



Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin.

SECHS FRAGEN AN KARL BRENKE

»Ostdeutschland muss auf Bildung und Innovation setzen«

1. Herr Brenke, vor 25 Jahren fiel die Mauer. Im wiedervereinigten Deutschland stand den neuen Bundesländern ein wirtschaftlicher Aufholprozess bevor, der kaum größer sein konnte. Wie weit konnte der wirtschaftliche Rückstand Ostdeutschlands in diesem Vierteljahrhundert aufgeholt werden? Der Rückstand konnte zu einem guten Teil aufgeholt werden. Damals wollte man möglichst rasch das Leistungsniveau des Westens erreichen. Gemessen an diesen Erwartungen hat man ungefähr drei Viertel des Weges erreicht, denn die Wirtschaftsleistung je Einwohner beträgt aktuell rund drei Viertel des westdeutschen Wertes. Allerdings verläuft der Aufholprozess nach einer starken Anfangsphase mittlerweile nur noch sehr schleppend.
2. Warum ist der Aufholprozess ins Stocken geraten? Man hat in vielen Bereichen aufgeholt. Wir hatten Mitte der 90er Jahre einen regelrechten Bauboom, der brach dann weg. Die Bauwirtschaft hat dann mehr als ein Jahrzehnt eine Talfahrt erlebt. Es gab einen kräftigen Aufholprozess bei den Dienstleistungen, von denen es systembedingt in der DDR wenig gab. Die Dienstleistungen, beispielsweise der Tourismus, sind weiter kräftig gewachsen. Auch die Industrie hat in den letzten Jahren durchaus kräftig aufholen können. Das Problem ist jedoch, dass die Produktivität, also die Leistung pro Erwerbstätigen, in Ostdeutschland zu gering ist und im Vergleich mit Westdeutschland stark hinterherhinkt.
3. Waren die Erwartungen nach der Wende zu hoch? 1989 waren die Erwartungen sehr hoch. Man meinte, man könnte zu einer der wettbewerbsstärksten Ökonomien der Welt rasch aufschließen. Aber Ostdeutschland ist ein traditionell dünn besiedeltes Gebiet und musste verkraften, dass die Wirtschaftsbasis nach der Währungsunion weitestgehend zusammenbrach. Man musste schnell eine neue Wirtschaftsbasis schaffen. Das geht nicht in wenigen Jahren und, wie sich nun gezeigt hat, in einer Generation. Ostdeutschland hat im Vergleich zu Westdeutschland zu wenig größere und mittlere Unternehmen, die auf überregionalen Märkten eine große Rolle spielen.
4. Die Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland hat sich in den letzten Jahren verbessert. Ist das nicht auch ein positives Signal? Die Arbeitsmarktlage hat sich verbessert; das ist sicher ein positives Signal. Dadurch ist auch die Abhängigkeit der privaten Haushalte von Sozialtransfers deutlich gesunken. Das hängt aber nicht unbedingt nur damit zusammen, dass die Beschäftigungsentwicklung besonders gut war. Die Beschäftigung hat zwar angezogen, aber vor allen Dingen macht sich in den neuen Bundesländern nun bemerkbar, dass die Zahl der Einwohner weniger wird und damit auch die Zahl der Personen, die einen Job nachfragen. Das heißt, der Abbau der Arbeitslosigkeit ist leider nicht nur ökonomisch begründet, sondern auch demografisch.
5. Wie ist die Entwicklung bei den Einkommen? Die Einkommen haben sich dem westdeutschen Niveau stärker genähert als die Wirtschaftsleistung. Man hat aber immer noch einen relativ großen Einkommensanteil, der aus Sozialtransfers gespeist wird. Bei den selbständigen und den Vermögenseinkommen und auch bei den Löhnen liegt Ostdeutschland noch weit zurück. Bei den verfügbaren Einkommen hingegen haben die neuen Bundesländer mittlerweile einen Wert von deutlich über 80 Prozent des westdeutschen Niveaus erreicht. Allerdings ist der Aufholprozess zum Stillstand gekommen.
6. Der Solidarzuschlag soll im Jahr 2019 auslaufen. Ist das zu früh? Ich glaube nicht, dass das zu früh ist. Der Solidarzuschlag sollte helfen, den Aufbau Ost zu finanzieren. Deshalb sind viele Mittel insbesondere in den Ausbau der Infrastruktur geflossen, wodurch in Ostdeutschland eine sehr moderne Infrastruktur entstanden ist. Das war ja auch nötig. Mittlerweile ist die Infrastruktur in den neuen Bundesländern in vielen Bereichen moderner als in Westdeutschland. Daher gibt es, was diese Förderung angeht, eigentlich keinen Grund mehr, für Ostdeutschland noch besondere Mittel bereitzustellen. Weil die Infrastruktur auf einem hochmodernen Stand ist, gibt es eigentlich auch keinen Grund mehr, besonders hohe Unternehmenssubventionen auszuschütten, denn Standortnachteile haben die Unternehmen in den neuen Bundesländern nicht.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Anika Rasner
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Elisabeth Liebau
Dr. Stefan Bach
Alexander Eickelpasch
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Ronny Freier, Ph.D.
Andreas Thiemann
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.